



## *Kolonialismus im Namen der menschlichen Sicherheit*

*Christoph Marischka*

**B**ei allen Kriegen und militärischen Einsätzen tritt das gleiche Phänomen auf: Während sich einige trauen, offen die Interessen hinter den Kriegen zu benennen und kein Problem damit haben, das Militär als Mittel zur Wahrnehmung politischer wie ökonomischer Interessen anzusehen, wird zugleich auch jeder Krieg offiziell als Verteidigung oder zumindest Prävention geführt: Wenn jetzt nicht eingegriffen wird, setzen wir unser Land einer Bedrohung aus. Zuletzt wird dann auch noch jeder Krieg aus vermeintlich moralischen Gründen geführt: Um ein »neues Auschwitz« zu verhindern, die Frauen in Afghanistan von der Herrschaft der Taliban oder das irakische Volk von der des Baath-Regimes zu befreien.

Begründungen militärischer Einsätze mit Interessen jenseits von »Sicherheit« im engeren Sinne – territorialer Verteidigung –, sind von Seiten demokratisch gewählter Regierungsvertreter selten zu hören, und sie reichen nicht aus, um die nötige öffentliche Unterstützung für den Einsatz herzustellen. Sie kommen im Wesentlichen aus Think-Tanks und Beraterkreisen und sind in den USA noch populärer als in Europa. Offiziell werden Armeen nicht zur Interessendurchsetzung aufgestellt, sondern zur Verteidigung. Sie ist der Grund für eine Intervention, der auf die größte Zustim-

mung trifft, wenn die Bedrohung als real empfunden wird.

Strucks Äußerung, »Deutschlands Sicherheit wird auch am Hindukusch verteidigt«, ist jedoch heftig kritisiert worden. Sie wird erst wahr, wenn der Begriff Sicherheit so weit ausgedehnt wird, dass er auch im Rest der Welt Interventionen rechtfertigen könnte. Genau dies geschah zwar in den Strategiepapieren der Global Players während der letzten fünf Jahre, hatte aber nur beschränkt Einfluss auf die Wahrnehmung von Bedrohungen durch die Bevölkerungen. Hier steht vor allem die EU vor einem Problem. Während die USA vermutlich tatsächlich Zielscheibe des internationalen Terrorismus sein dürften und halbwegs glaubwürdig eine Bedrohung durch Atomwaffen konstruieren können, sehen sich die Gesellschaften in Europa kaum einer Bedrohung von außen ausgesetzt. Strucks Argument fand in Deutschland wenig Glauben. Dagegen schaffte es der ehemalige Kriegsgegner Joseph Fischer mit seiner famosen Geschichtsrelativierung, »Ich habe nicht nur ›nie wieder Krieg‹ gelernt, sondern auch ›nie wieder Auschwitz«, seine pazifistische

Gemeinde und überhaupt weite Teile der deutschen Bevölkerung davon zu überzeugen, dass ein Krieg gegen Jugoslawien geführt werden müsse, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern. Das Argument einer moralischen Verantwortung flankiert seitdem bei allen militärischen Einsätzen der EU das entgrenzte Sicherheitsinteresse und ist Grundlage des Mythos von der »Friedensmacht Europa«. Hierdurch begegnen wir immer wieder dem Paradox des »gerechten Krieges« bzw. der »humanitären Intervention«.

Im Auftrag des EU-Außenbeauftragten Javier Solana erarbeitete eine hochrangig besetzte Studiengruppe an der London School of Economics and Political Sciences eine Doktrin, die den gegenwärtigen Umgang mit diesen Widersprüchen innerhalb der EU deutlich macht: Moralische Verantwortung sowie »aufgeklärtes Eigeninteresse« sollen Grundlage einer globalen Weltinnenpolitik der EU werden, die innerhalb der EU zugleich identitätsstiftend wirkt.

### 1. Die menschliche Sicherheit als Türöffner

Die Empfehlungen der Studiengruppe zu den Sicherheitskapazitäten der EU, die auf der Europäischen Sicherheitsstrategie aufbauen, tragen den Titel: »Eine Menschliche Sicherheits-Doktrin für Europa« (A Human Security Doctrine for Europe, HSD). Die deutsche Übersetzung des Titels ist irreführend: Sie erhebt nicht vorsätzlich den Anspruch, die Doktrin als »menschlich« zu bezeichnen, sondern soll andeuten, dass die Doktrin auf dem Begriff der »Menschlichen Sicherheit« aufbaut.

Dieser Begriff wurde zunächst 1994 im jährlichen Bericht des *UN-Entwicklungsprogramms* (UNDP) geprägt. Er definierte Sicherheit in Abgrenzung zum klassischen, staatszentrierten Sicherheitsbegriff als die Freiheit der Individuen von Furcht und Mangel:

»Es kann auf der Welt kein Frieden herrschen, solange die Menschen nicht in ihrem Alltag Sicherheit haben. Zukünftige Konflikte können öfter innerhalb von Nationen stattfinden als zwischen ihnen – mit Ursachen, die tief begraben in wachsender sozio-ökonomischer Ungleichheit und Mangel liegen. Die Suche nach Sicherheit in diesem Kontext liegt in Entwicklung, nicht in Waffen. [...] Zu lange war das Verständnis von Sicherheit durch die Möglichkeit eines Konflikts zwischen Staaten geprägt. Zu lange wurde Sicherheit mit Bedrohungen von Staatsgrenzen gleichgesetzt. Zu lange strebten die Nationen nach Waffen, um ihre Sicherheit zu gewährleisten. Heute erwächst das Gefühl von Unsicherheit für die meisten Menschen eher aus Sorgen des Alltags denn aus der Furcht vor einer Katastrophe im Weltmaßstab.«<sup>1</sup>

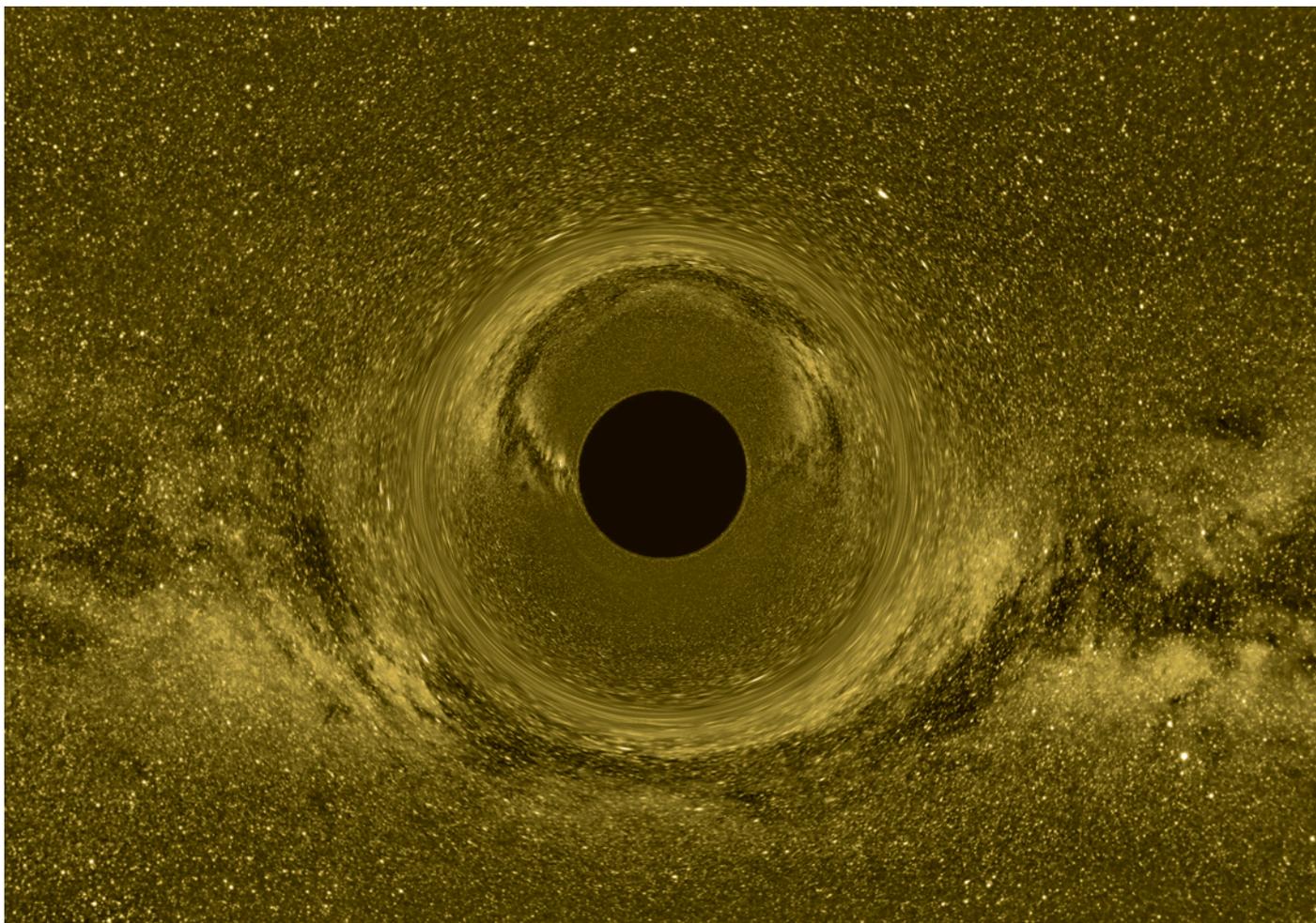
Leider war die Forderung, Freiheit von Furcht und

Mangel zu schaffen, in erster Linie an die Regierungen gerichtet, die das Konzept der menschlichen Sicherheit zunehmend in ihre außenpolitischen Strategien aufnehmen und dabei pervertieren. So ist auch die HSD zu verstehen, die auf der Argumentation des UNDP aufbaut, aber zur Herstellung der Freiheit von Furcht letztlich die Aufstellung neuer, zivil flankierter Einheiten fordert, mit denen die EU weltweit Ordnungspolitik betreiben soll.

Die Human Security Response Force (HSRF) soll 10.000 Soldaten und 5.000 ZivilistInnen umfassen, dem zu schaffenden EU-Außenministerium unterstehen und in drei »Rängen« organisiert sein: Da gibt es zunächst die Führungsebene, die in der zivilmilitärischen Planungszelle in Brüssel Konflikte beobachten und Informationen auswerten wird. 5.000 Personen sollen in verschiedenen Ländern in kleineren zivilmilitärischen Verbänden organisiert sein, gemeinsam trainieren und innerhalb von Tagen einsetzbar sein. Beschließt das Außenministerium auf Vorschlag der Planungszelle einen Einsatz, so werden Task-Forces aus den zur Verfügung stehenden Verbänden gebildet und entsandt. Die übrigen 10.000 Kräfte können längerfristig und zur Unterstützung eingesetzt werden.

Die zivilen Kräfte würden aus Polizei-, Steuer-, Zoll- und Verwaltungsbeamten, Richtern, Staatsanwälten, humanitären Helfern und Menschenrechtsspezialisten bestehen. Auch die Soldaten sollen bei den Einsätzen eher einen polizeilichen Ansatz verfolgen und sich auf »angemessene Anwendung von Gewalt« beschränken. Ziel der HSRF ist weniger die Eroberung eines Gebietes als die Schaffung von Sicherheit, womit der Aufbau eines Sicherheitssektors (zentralisiertes Militär, Polizei, Justiz) entsprechend den Vorstellungen und Interessen der EU gemeint ist.

Begründet wird die Notwendigkeit der neuen Truppe mit einem Konglomerat von Argumenten: »Aufgeklärtes Eigeninteresse«, legale Verpflichtungen, historische Verantwortung und die identitätsstiftende Wirkung für die EU durch Soldaten, die Gutes tun. Die Doktrin wird aber dominiert durch die Rhetorik der Humanität, nach der es Aufgabe der EU sein müsse, auch außerhalb ihres Territoriums die Menschen zu beschützen und humanitäre Katastrophen zu verhindern. Dieses Argument deckt sich mit der »Verantwortung zum Schutz« (Responsibility to Protect, R2P), die auf der Ebene der UN gerade neues Prinzip der Sicherheitspolitik werden soll und droht, das Völkerrecht obsolet werden zu lassen. Könnten Staaten oder Regierungen in ihrem Inneren keine Sicherheit mehr gewährleisten oder selbst zur Bedrohung werden, obläge es anderen Staaten und Staatenverbün-



den, zu intervenieren. Die R2P wird als Reaktion der UN auf den »Völkermord« in Ruanda und das Massaker von Srebrenica dargestellt. »Gescheiterten Staaten« kann mit der R2P zukünftig die Souveränität abgesprochen werden, was heißt, dass eine Intervention oder ein Angriffskrieg nicht mehr durch das Völkerrecht verboten wäre und andere Staaten unter dem Vorwand, menschliche Sicherheit zu schaffen, intervenieren und Interessen realisieren können. Bezeichnenderweise wird das R2P-Konzept von denselben Akteuren durchgesetzt und propagiert wie das der menschlichen Sicherheit. Die HSD wurde im selben Zeitraum verfasst, in dem die Hochrangige Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel der UN Vorschläge für die UN-Reform erarbeitete. Ihr Abschlussbericht trägt den Titel »Eine sicherere Welt – unsere gemeinsame Verantwortung«<sup>2</sup> und plädiert für die Übernahme der »Verantwortung zum Schutz« in die Prinzipien der UN.

## 2. Schwarze Löcher als Bedrohung

Doch auch die HSD beschränkt sich nicht auf Humanität als Begründung der Einsätze der HSRF. Sie konstruiert aus der Unsicherheit der Menschen im Interventionsgebiet zugleich eine Bedrohung für die EU, womit die vermeintlich humanitäre Intervention doch wieder Verteidigungscharakter erhält: »Es sind diese

Konflikte, die zu den ›schwarzen Löchern‹ werden, die viele der neuen Quellen von Unsicherheit hervorbringen, die direkte Auswirkung auf die Sicherheit der Bürger der Europäischen Union haben. Aus dem Südkaukasus wie dem Balkan werden harte Drogen und Waffen in die EU exportiert oder transportiert sowie Menschen gehandelt oder geschmuggelt, die oft sexuell ausgebeutet oder zur Arbeit in der Illegalität gezwungen werden. Die sich verschlimmernde Situation in Palästina und Irak wird von militanten Islamisten als Beweis für eine christlich-jüdische Verschwörung gegen den Islam genutzt, um Terroristen zu rekrutieren. Kriege in Afrika vereiteln europäische Bemühungen, Armut und Krankheiten mit Entwicklungsinitiativen zu bekämpfen.«<sup>3</sup>

Da sich Bedrohungen globalisiert hätten, seien also auch die Sicherheitsinteressen der EU global und sie müsse deshalb im »aufgeklärten Eigeninteresse« weltweit intervenieren. Dieser Anspruch, Weltinnenpolitik zu betreiben, deckt sich mit dem polizeilichen Ansatz zukünftiger Interventionen. Es geht darum, die eigenen Ordnungsvorstellungen weltweit durchzusetzen, auch unter Anwendung von Gewalt. Die Vorstellung, vom Weltgeschehen betroffen zu sein und es (mit-)bestimmen zu müssen, gründet ganz offen auf einen Großmachtanspruch. Konkret werden als Gefahrenquellen benannt: Das Scheitern von Staaten,

kommunistische Ideologien, das Gedeihen von Terrornetzwerken, kriminelle Ökonomie, Drogen- und Menschenhandel, Verfügbarkeit von Kleinwaffen, Brutalisierung der Gesellschaft, Migration. Migration ist dabei ein Knackpunkt, da sich hier Sicherheitsinteressen und moralischer Anspruch am offensichtlichsten widersprechen. Ginge es um die menschliche Sicherheit im eigentlichen Sinne, so müsste ein grundsätzlicher Strategiewechsel der EU-Migrationspolitik angemahnt werden. Statt den Menschen aber das Recht auf Flucht und Asyl zuzugestehen, werden sie zum Anlass genommen, Protektorate zu errichten und in die innere Ordnung anderer Staaten einzugreifen. Migration wird lediglich als Sicherheitsproblem der EU erwähnt, nicht aber als Problem der menschlichen Sicherheit.

Es werden in der HSD auch keine konkreten Angaben darüber gemacht, wann interveniert werden müsse. Die tatsächliche Schwere der Menschenrechtsverletzungen soll jedenfalls nur einer von vielen Faktoren sein. Die außerdem in der HSD genannten Kriterien wie Praktikabilität und Erfolgsaussichten, geographische und kulturelle Nähe, koloniale Verantwortung und Druck durch »die Öffentlichkeit« bieten ausreichend Spielraum, diese Entscheidung von ökonomischen oder geostrategischen Interessen abhängig zu machen.

Auch lässt die HSD jegliche Auseinandersetzung mit den Ursachen menschlicher Unsicherheit vermischen und reduziert sie auf das Phänomen »Scheitender Staaten«. Daraus resultiert das Ziel, neue Staaten in Form neuer Sicherheitsapparate aufzubauen. Diese seien Voraussetzung für kapitalistische Entwicklung und allgemeine Sicherheit. Die Rolle der Weltwirtschaft, der westlichen militärischen und politischen Einflussnahme, der Destabilisierung ganzer Regionen durch koloniale Eroberungen und später Stellvertreterkriege bleiben ausgeblendet. Auf der Grundlage einer fehlenden Analyse der Ursprünge heutiger Konflikte kann keine Strategie entstehen, die deren Überwindung zum Ziel hat. Stattdessen dienen kulturalistische Annahmen von Zivilisiertheit und Friedenswillen der EU als Grundlage für in humanistische Rhetorik gehüllte neue Einsatzkonzepte.

### 3. Moderne Kriegsführung

*»Bei nahezu allen größeren Einsätzen ist auf militärische Effizienz ziviles Chaos gefolgt. Wir brauchen eine verstärkte Fähigkeit, damit alle notwendigen zivilen Mittel in und nach Krisen zum Tragen kommen.«<sup>4</sup>*

Die HSD zeichnet sich jedoch nicht nur durch ein spezifisches Konglomerat an Begründungen für die

Notwendigkeit von weltweiten EU-Interventionen durch Moral, Verteidigung und Eigeninteressen aus, sondern stellt auch den bisher umfassendsten Versuch dar, auf ein verändertes Kriegsgeschehen mit neuen Einsatzkonzepten zu reagieren. Die Armeen der Großmächte und der Staaten der EU waren bislang auf territoriale Verteidigung und Eroberung, auf die Konfrontation zwischen zentral gelenkten, staatlichen Militärverbänden ausgerichtet. Die Karten der Militärs waren in Staaten eingeteilt, die nach den einfachsten Vorstellungen durch Eroberung der Hauptstadt an die eine oder andere Seite fielen. Ein Blick auf die gegenwärtigen Konflikte macht aber deutlich, dass solche Strategien nicht mehr ausreichen. In den Städten der vermeintlich eroberten Länder geht noch Jahre nach dem offiziellen Kriegsende die Gewalt als Terror und Straßenkampf weiter. Überall auf der Welt befinden sich Soldaten westlicher Regierungen in sporadischen Gefechten mit substaatlichen Gewaltakteuren und vielfältigen bewaffneten Gruppen. Zivilisten werden von allen Seiten instrumentalisiert und in das Kriegsgeschehen hineingezogen: als Flüchtlinge, Schutzschilder, unwillentliche Financiers (Bauern in Afghanistan), Unterstützer oder als Schutzbedürftige zur Legitimation. Diese »neuen« Kriege entsprechen nicht den Kategorien des Kriegsvölkerrechts, eine Unterscheidung in Kombattanten und Nicht-Kombattanten ist oft nicht mehr zu treffen. Eine internationale Zivilgesellschaft und internationale Netzwerke aus Eliten und Exilanten versuchen, Einfluss auf das Kriegsgeschehen zu nehmen, während internationale Terrornetzwerke global weitere Gewalt provozieren.

Vor diesem Hintergrund, mit dem sich Mitglieder der Studiengruppe bereits wissenschaftlich auseinandergesetzt haben, wird in der HSD konstatiert, dass weder die Politik der Eindämmung noch die der klassischen Eroberung länger tragfähig seien, und die Probleme benannt, mit denen sich v.a. die USA in Irak und Afghanistan konfrontiert sehen. Auch diese Einsicht hatte sich bereits in den Strategiepapieren der Großmächte durchgesetzt, doch die Konsequenzen wurden bislang nicht umgesetzt. Neben einem grundsätzlichen Umdenken in Fragen von Krieg und Militär erfordert dies eine weit reichende und teure Reform der Streitkräfte. Nötig ist z.B. eine Ausdifferenzierung der Einheiten für verschiedene Aufgabenbereiche wie Kontrolle der öffentlichen Ordnung, Kontrolle von Flüchtlingsbewegungen, Aufbau neuer staatlicher Gewaltinstitutionen (Security Sector Reform), Aufstandsbekämpfung, Seek and Destroy-Einsätze, Eroberung von »Rebellenhochburgen«, Abwehr von Angriffen mit ABC-Waffen. Da in der EU ohnehin gerade eine Umstrukturierung ihrer Armeen

stattfindet, kann sie hier Vorteile gegenüber den USA realisieren: Einzelne Länder stellen Spezialeinheiten für besondere Aufgaben zusammen, die flexibel kombiniert werden können. Daneben gibt es das Vorhaben, auf EU-Ebene Truppen zur Aufstandsbekämpfung zusammenzustellen. Ein entscheidendes Manko besteht aber bislang darin, dass sich polizeiliche, v.a. aber zivile Einheiten und Aufgaben schwer in militärische integrieren lassen. Sie sind jedoch wichtiger denn je, da sich ohne zivile Beteiligung und zivile Schnittstellen zur Bevölkerung weder eine erfolgreiche Besatzung aufrechterhalten lässt noch »gescheiterte Staaten« den eigenen Vorstellungen entsprechend neu aufgebaut werden können. Die HSRF stellt den Versuch dar, die verschiedenen Komponenten, die für zukünftige Interventionen notwendig sein werden, zu kombinieren und unter ein gemeinsames Oberkommando zu stellen. Parallel dazu laufen in der EU gegenwärtig vielfältige Versuche, ziviles und polizeiliches Personal in militärische Strukturen zu integrieren. Dass dies alten Vorstellungen widerspricht, zeigt sich besonders in den rechtlichen Problemen, die bei zivilmilitärischen Einsätzen und Strukturen entstehen, da bspw. Kombattanten und Nicht-Kombattanten unter völlig unterschiedlichen Gesetzen agieren. Da das implizite Argument, warum die EU überhaupt den Anspruch erheben dürfe, Weltinnenpolitik zu betreiben, auf der vermeintlichen Überlegenheit der europäischen Rechtskultur fußt, fordert die Studiengruppe in der HSD zugleich einen »klaren rechtlichen Rahmen« für die zukünftigen Missionen. Die Vorschläge, die sie hierzu unterbreitet, werfen jedoch mehr Fragen als Antworten auf. So wird nicht einmal die grundlegendste Frage bezüglich des Völkerrechts geklärt: Dürfen HSRF-Einsätze auch ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates und ohne die Aufforderung der legitimen Regierung des betroffenen Landes – also völkerrechtswidrig – stattfinden? Die HSD bezeichnet dies als möglich, es müsse für diesen Fall jedenfalls wiederum ein »klarer rechtlicher Rahmen« gefunden werden. Die Antwort auf die Frage, worauf sich jedoch die Rechtsgrundlage für einen Verstoß gegen das Völkerrecht beziehen soll, bleiben die Autoren schuldig. Vermutlich auf den »europäischen Humanismus«.

#### 4. Der Mythos von der Friedensmacht als Baustein des Euro-Nationalismus

Die Schwierigkeit, Kriege gegenüber den Bürgern der EU zu begründen, liegt u.a. im Fehlen eines EU-weiten Pendantes zum einzelstaatlichen Nationalismus. Weder Sicherheit noch Interessen werden von den Gesellschaften innerhalb der EU als kollektiv wahr-

genommen. Die Anschläge in Madrid und London haben die wahrgenommene Bedrohung in Großbritannien und Spanien spürbarer beeinflusst als in den übrigen Staaten der EU. Die Bevölkerungen einiger Staaten haben ein Interesse an einer Annäherung an die USA, während diese in anderen zunehmend als Feindbild fungieren. In Fragen der Migration, der Agrarsubventionen, der Dienstleistungsrichtlinien etc. existieren je nach Nationalität unterschiedliche Präferenzen. Auch am Beispiel des Verfassungsvertrages, der letztlich nicht zuletzt an den unterschiedlichen Bewertungen in den Mitgliedstaaten scheiterte, wurde dies deutlich. Hauptziel des Vertragswerkes war die innere Zentralisierung von Entscheidungsstrukturen in der EU, um nach außen als einheitlicher Akteur auftreten zu können. Mit dem vorläufigen Scheitern des Verfassungsprozesses ist der Traum von der Weltmacht EU zunächst geplatzt.

Dies verdeutlicht die Notwendigkeit, auf europäischer Ebene eine Öffentlichkeit zu schaffen, die sich auf gemeinsame Werte beruft und eine Überlegenheit dieser eigenen Kultur gegenüber anderen postuliert. Westeuropäische Intellektuelle versuchen dies insbesondere in Bezug auf Kant und in Abgrenzung zur Außenpolitik der USA. So forderte Jürgen Habermas in einem europaweiten Appell gemeinsam mit anderen Intellektuellen die EU auf, Weltinnenpolitik zu betreiben, nachdem die europäische Öffentlichkeit in ihrer Geburtsstunde, die Habermas auf die weltweiten Demonstrationen gegen den Irakkrieg am 15. Februar 2003 datiert (siehe dazu auch den Abschnitt »Die Ideologie: Europa« in diesem Buch, S. 101ff.), ihren Friedenswillen bewiesen habe: »Europa muß sein Gewicht auf internationaler Ebene und im Rahmen der UN in die Waagschale werfen, um den hegemonialen Unilateralismus der Vereinigten Staaten auszubalancieren.«<sup>5</sup>

Einher geht dieser Anspruch einerseits mit der Forderung, auch die militärischen Kapazitäten auszubauen, andererseits mit der Behauptung, die EU sei ein Projekt des ewigen Friedens. Dies versuchen auch die Autoren der HSD so darzustellen: »Wir sind der Meinung, dass die europäische Weltsicht in der Tat auf kantianischen Prinzipien beruhen sollte. Man kann die Europäische Union selbst als ein Projekt des »ewigen Friedens« betrachten, demzufolge die Nationalstaaten weiterhin existieren, aber übereingekommen sind, keinen Krieg gegeneinander zu führen und bestimmte Standards einzuhalten, besonders im Hinblick auf Demokratie und Menschenrechte. [...] Zweitens meinen wir jedoch auch, dass der europäische Ansatz militärisch untermauert und »robuster« werden muss als bislang [...]. Holistisch gesehen, kommen die Argu-

mente des aufgeklärten Eigeninteresses den moralischen Argumenten sehr nahe. Daher meinen wir, dass eine kantianische Vision nicht nur als Idealismus, sondern als eine Form von Realismus betrachtet werden sollte.«<sup>6</sup>

Die vermeintliche Einheit von Moral und Interessen soll sich nun also in einem Recht kristallisieren, das nach innen identitätsstiftend wirkt und nach außen die militärische Durchsetzung dieses Rechts quasi vorschreibt. Dieses Recht entspricht in der Praxis den Weltmachtansprüchen der EU-Strategen, nicht aber dem moralischen Anspruch, menschliche Sicherheit zu schaffen. Es dient als Grundlage eines neuen Kolonialismus.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> UNDP: Human Development Report 1994 – New dimensions of human security. Übersetzung durch den Autor.

<sup>2</sup> URL: [http://www.un.org/Depts/german/g\\_sonst/a-59-565.pdf](http://www.un.org/Depts/german/g_sonst/a-59-565.pdf).

<sup>3</sup> A Human Security Doctrine for Europe: the Barcelona report of the study group on Europe's security capabilities, Übersetzung des Autors, URL: <http://www.lse.ac.uk/Depts/global/Publications/HumanSecurityDoctrine.pdf>.

<sup>4</sup> Europäische Sicherheitsstrategie – Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, URL: <http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>.

<sup>5</sup> Habermas, Jürgen/Derrida, Jacques: Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas, in: FAZ, 31.5.2003.

<sup>6</sup> Glasius, Marlies/Kaldor, Mary: Die menschliche Sicherheit – Überlegungen für eine neue Interventionspolitik der Europäischen Union, in: Frankfurter Rundschau vom 16.12.2004.

Der Beitrag erschien in Tobias Pflüger/Jürgen Wagner (Hrsg.), Welt-Macht EUropa, Auf dem Weg in weltweite Kriege, VSA-Verlag Hamburg 2006 (S. 114-122).

*Christoph Marischka* ist Beirat der Informationsstelle Militarisation und hat zuletzt die Studie »Friedliche Kriege? Auf dem Weg zum Weltpolizeistaat«, isw-Spezial Nr. 19 (Oktober 2005), veröffentlicht.



Diese Studie entstand im Rahmen des Projektes „Nein zu dieser EU-Verfassung! Ja zu fairer Entwicklungskooperation!“, das vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) großzügig unterstützt wird. Weitere Texte des Projektes finden sich unter [www.imi-online.de/EU-Projekt/](http://www.imi-online.de/EU-Projekt/)

**Wir fordern:**  
**Soziale Sicherheit statt**  
**militärische Großmachtpolitik!**